

Ressort: Politik

Justizminister fordern härtere Strafen für Terrorhelfer

Berlin, 14.04.2018, 08:12 Uhr

GDN - Die Justizminister von Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen fordern eine Ausweitung der Strafbarkeit für Unterstützer terroristischer Vereinigungen. Schon ein misslungener Versuch, eine Terrororganisation etwa mit Geld oder Waffen zu versorgen, solle strafbar sein, sagt Bayerns Justizminister Winfried Bausback dem "Spiegel".

"Ob Hilfsmittel eine terroristische Vereinigung wirklich erreichen, hängt häufig vom Zufall ab", erklärt der CSU-Politiker. "Es kann nicht sein, dass diese Versuche nur über juristische Hilfskonstruktionen verfolgt werden können." Bausback fordert daher die Ausweitung des einschlägigen Paragraphen 129a Strafgesetzbuch auf Versuche der Terrorhilfe. Hessens Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) befürwortet den Vorschlag, weil "jede Art der Unterstützung terroristischer Vereinigungen eine Kriegserklärung gegen unseren Rechtsstaat" sei. Auch Amtskollege Peter Biesenbach (CDU) in Düsseldorf plädiert für gesetzliche Härte: "Wer Terroristen unterstützen oder finanzieren möchte, gehört ins Gefängnis – unabhängig davon, ob der Versuch erfolgreich war oder nicht."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-104684/justizminister-fordern-haertere-strafen-fuer-terrorhelfer.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619